

I n h a l t .

Erster Abschnitt.

Vom Staate, von der Staatswissenschaft und dem Staatsrecht überhaupt.

- §. 1. Begriff des Staates.
 - 2. Geschichtliche Entwicklung des Staatsbegriffes.
 - 3. Der historische Staat und die Staatsidee.
 - 4. Die Staatsideale.
 - 5. Rechtlicher Charakter des Staates.
 - 6. Verhältniss des Staates zu den Individuen.
 - 7. Verhältniss des Staates zur Familie.
 - 8. Verhältniss des Staates zu anderen Gemeinwesen.
 - 9. Verhältniss des Staates zur bürgerlichen Gesellschaft.
 - 10. Verhältniss des Staates zu dem sog. Naturstande.
 - 11. Die Völkerschaft als wahrer Naturstand.
 - 12. Das Wesen der Völkerschaft oder die Nationalität.
 - 13. Das Nationalitätsprincip und seine geschichtliche Beschränkung. Natürliche und politische Nationalität.
 - 14. Verhältniss der Völkerschaft zum Staate.
 - 15. Factoren des Staates.
 - 16. Staatswissenschaft (Politik); deren Begriff und Eintheilung.
 - 17. Verhältniss von Recht und Politik.
 - 18. Begriff und Eintheilung des öffentlichen Rechts.
 - 19. Begriff des Staatsrechts.
 - 20. Allgemeiner Charakter des Staatsrechts; sein Verhältniss zum Privatrechte.
 - 21. Eintheilung des Staatsrechts; allgemeines und besonderes; inneres und äusseres Staatsrecht; Verfassungs- und Verwaltungsrecht.
- Literatur des allgemeinen Staatsrechts.*

Zweiter Abschnitt.

Vom Staatszweck.

- §. 22. Der Staatszweck. Verschiedene Theorien.
- 23. I. Von der Theorie, welche den Zweck des Staates mit dem der Menschheit identisch nimmt, und ihren Unterarten.
- 24. 1) Die Herrschaft des Sittengesetzes als Staatszweck.
- 25. 2) Die allgemeine Wohlfahrt als Staatszweck.
- 26. II. Von der Theorie, welche Schutz und Sicherheit der Rechte als ausschliesslichen Zweck des Staates betrachtet.
- 27. Von den Bedingungen der Ausgleichung dieser Theorien.
- 28. Versuch dieser Ausgleichung. Theorie der völkerrechtlichen Unterstützung, oder der Wahrung der jeweiligen nationalen Gesamtinteressen.
- 29. Verhältniss dieser Theorie zu den vorgenannten.
- 30. Eintheilung der Staaten mit Rücksicht auf den Staatszweck. Der Rechtsstaat und der Polizeistaat.
- 31. Folgerungen aus dem Staatszwecke. Universalität und Ewigkeit des Staates.
- 32. Von der Mehrheit der Staaten.
- 33. Von der Grösse und dem Alter der Staaten.

Dritter Abschnitt.

Von dem Rechtsgrunde und der Entstehung des Staates.

- §. 34. Von dem Verhältnisse der Untersuchungen über den Rechtsgrund und die Entstehung des Staates zu einander überhaupt.
- 35. Eintheilung der Theorien über den Rechtsgrund und die Entstehung des Staates.

Erste Unterabtheilung.

A. Von den historischen Theorien.

- §. 36. 1) Naturgeschichtliche (Natur- oder Geschichts- philosophische) Theorie.
- 37. 2) Theorie der Uebermacht.
- 38. 3) Patriarchalprincip.
- 39. 4) Patrimonialprincip.
- 40. 5) Religiöse Theorie.

Zweite Unterabtheilung.

B. Von der rationalen Begründung des Staates.

- §. 41. Von den Theorien, welche Anspruch darauf machen, als rationale Begründungsarten des Staates zu gelten, überhaupt; ideale Theorie und Vertragstheorie.
- 42. Von der Vertragstheorie insbesondere.
- 43. Kritik der Vertragstheorie.
- 44. Ergebniss der bisherigen Untersuchung, Nothwendigkeit der Unterscheidung des allgemeinen Rechtsgrundes und der besonderen geschichtlichen Rechtstitel der Herrschaft.
- 45. Folgerungen aus der Vernünftigkeit des Staates. Staatsgewalt und Volksrechte.

Vierter Abschnitt.

Von der Staatsgewalt und dem Souverain.

- §. 46. Idee und Begriff der Staatsgewalt.
- 47. Von dem Gegensatze der Macht und der Herrschaft im Begriffe der Staatsgewalt. Autoritäts- und Majoritätsprincip.
- 48. Verhältniss des Autoritäts- und Majoritätsprincips.
- 49. Rechtlicher Charakter der Staatsgewalt.
- 50. Von der Uebertragung der Staatsgewalt.
- 51. Von der Widerruflichkeit der Staatsgewalt.
- 52. Natürliche Begrenzung der Staatsgewalt.
- 53. Positive Begrenzung der Staatsgewalt. Das christlich-germanische Staatsprincip.
- 54. Der Souverain. Begriff. Nichtigkeit der sogen. Staatssouverainetät.
- 55. Fürstensouverainetät. Volkssouverainetät.
- 56. Die Nationalsouverainetät.
- 57. Die Staatspersönlichkeit als Ausfluss sowohl der Volkssouverainetät als der Fürstensouverainetät.
- 58. Verhältniss des Souverains zur Staatsgewalt. Territorialprincip.
- 59. Beherrschungsformen der Staaten nach dem Principe der Volkssouverainetät und der Fürstensouverainetät. Monarchien und Republiken, nebst deren Unterarten, Aristokratien und Demokratien.
- 60. Von der geschichtlichen Aufeinanderfolge der Staatsformen.
- 61. Von der Bedeutung der aristokratischen Elemente in jeder Beherrschungsform.

Fünfter Abschnitt.

Von der Verbindung mehrerer Staaten.

- §. 62. Begriff von Staatensystem und dessen Unterarten.
- 63. Staatenbund und Bundesstaat (Staatenstaat).
 - 1) Gemeinschaftliches.
- 64. 2) Unterschiede zwischen dem Staatenbunde und dem Bundesstaate oder Staatenstaate.
- 65. Personalunion. Realunion. Incorporation.

Sechster Abschnitt.

Begriff, Eintheilung und Quellen des deutschen Staatsrechts.

- §. 66. Begriff des deutschen Staatsrechts.
- 67. a) *Eintheilung des deutschen Staatsrechts nach den Gegenständen und Subjekten.*
 - I. Reichsstaatsrecht. Landesstaatsrecht. Öffentliches Recht des Rheinbundes. Deutsches Bundesrecht. Öffentliches Recht der deutschen Bundesstaaten.
 - 68. II. Generelles und specielles deutsches Staatsrecht.
 - 69. III. Eintheilung des deutschen Bundesrechts insbesondere.
- 70. b) *Eintheilung des deutschen Staatsrechts nach dem Umfange der Verbindlichkeit der Rechtsquellen:*
 - Gemeines und partikuläres Staatsrecht.

- §. 71. Die Quellen des heutigen deutschen Staatsrechts.
- 72. Von der Anwendbarkeit des ehemaligen Reichsstaatsrechts und des öffentlichen Rechts des rheinischen Bundes.
- 73. Von dem Gebrauche der recipirten fremden Rechte in staatsrechtlichen Fragen.
- 74. Von der praktischen Anwendbarkeit des allgemeinen Staatsrechts in Deutschland.
- 75. Von der Bedeutung des Besitzes und der Verjährung im Staatsrechte.

Literatur des gemeinen deutschen Staatsrechts.

Siebenter Abschnitt.

Das Staatsrecht zur Zeit des deutschen Reichs.

- §. 76. Vom deutschen Reiche überhaupt.
- 77. Regierungsform des deutschen Reichs.
- 78. Grundgesetze des deutschen Reichs.
- 79. Das Reichsgebiet und seine Eintheilungen.
- 80. Das deutsche Reich als Wahlreich.
- 81. Das deutsche Reich als beschränkte Monarchie.
- 82. Der Kaiser. Dessen persönliche Befähigung.
- 83. Rechte des Kaisers:
 - a) Ehrenrechte.
- 84. b) Eigentliche Regierungsrechte.
- 85. c) Die kaiserliche Machtvollkommenheit und die kaiserlichen Reservatrechte.
- 86. Anfang der kaiserlichen Regierung.
- 87. Ende der kaiserlichen Regierung.
- 88. Der römische König.
- 89. Die Reichsvikarien.
- 90. Von den Reichsständen und ihren Collegien im Allgemeinen.
- 91. Vorrechte der Reichsstände.
- 92. Charakter, Erwerb und Verlust der Reichsstandtschaft.
- 93. Von den drei reichsständischen Collegien insbesondere:
 - A) Das Collegium der Kurfürsten.
 - 94. B) Fürstenrath.
 - 95. C) Collegium der Reichsstädte.
- 96. Verhandlungsweise auf dem Reichstage. Reichsgutachten. Reichsschlüsse. Reichsabschiede.
- 97. Von der Reichsregierung.
 - A) Reichsministerium.
 - 98. B) Reichsgerichte.
 - I. Fürstenrecht. Der Reichstag als Gerichtshof.
 - 99. II. Höchste Reichsgerichte.
 - 1) Das kaiserliche und Reichskammergericht.
 - 2) Der kaiserliche Reichshofrath.
 - 100. III. Reichsuntergerichte.
 - 1) Die Austrägal-Instanz.
 - 101. 2) Kaiserliche Hof- und Landgerichte.
- 102. Die Landeshoheit. Begriff und Wesen.
- 104. Reichsgrundgesetzliche Bestimmungen über die Landeshoheit.
- 105. Reichsunmittelbarkeit und Mittelbarkeit, insbesondere Reichsritterschaft.

Achter Abschnitt.

Staatsrechtliche Veränderungen zur Zeit des Rheinbundes.

- §. 106. Die Auflösung des Reiches. Stiftung des Rheinbundes. Oesterreich als Kaiserreich erklärt. Projekt eines preussischen Kaiserthumes von Norddeutschland.
- 107. Uebersicht der Veränderungen, welche durch die Auflösung des deutschen Reiches und die Stiftung des Rheinbundes in dem öffentlichen Rechtszustande Deutschlands herbeigeführt worden sind.

Neunter Abschnitt.

Die deutsche Bundesverfassung.

Literatur.

- §. 108. Entstehungsgeschichte des deutschen Bundes.
- 109. Quellen des deutschen Bundesrechts:
 - A) Grundverträge oder Grundgesetze des deutschen Bundes.
- 110. B) Bundesbeschlüsse.
- 111. C) Die übrigen Quellen des Bundesrechts.
- 112. Begriff, Zweck und publicistischer Charakter des deutschen Bundes.
- 113. Verhältniss des deutschen Bundes zum deutschen Reiche und zum Rheinbunde.
- 114. Mitglieder des deutschen Bundes.
- 115. Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund.
- 116. Bundesgebiet.
- 117. Abtretung von Bundesländern.
- 118. Rechtsgleichheit der Bundesglieder.
- 119. Rangverschiedenheit der Bundesglieder.
- 120. Titelveränderungen einzelner Bundesglieder.
- 121. Subjekt der Bundesgewalt. Bundesversammlung. Bundespräsidium.
- 122. Innere Organisation der Bundesversammlung. Engerer Rath und Plenum.
- 123. Unterschiede zwischen dem engeren Rathe und dem Plenum, insbesondere Zahl und Verhältnisse der Stimmen im engeren Rathe und Plenum.
- 124. Von den Curiatstimmen im engeren Rathe insbesondere.
- 124 a. Von der Bevollmächtigung eines Bundestagsgesandten für mehrere Viril- und Curiatstimmen.
- 125. Die Geschäftsordnung der Bundesversammlung.
 - I. Ordnung der Sitzungen überhaupt.
- 126. II. Ordnung der Gegenstände der Verhandlung und Berathung derselben.
- 127. III. Von dem Rechte und der Verbindlichkeit der Bundesglieder, sich der Abstimmung zu enthalten.
- 128. IV. Von der Versäumniss der Abstimmung.
- 129. V. Ordnung des Geschäftsgangs in den Sitzungen.
- 130. VI. Ordnung der Protokollführung und des Archivs der Bundesversammlung.
- 131. VII. Druck der Protokolle. Oeffentliche und Separatprotokolle.
- 132. VIII. Wappen, Siegel und Titel der Bundesversammlung.
- 133. IX. Vertagung der Bundesversammlung.
- 134. X. Geschäftskreis des Bundespräsidiums.

- §. 135. XI. Die Bundestagscommissionen.
 - 136. XII. Die Bundescommissionen.
 - 137. XIII. Die Bundeskanzlei.
 - 138. XIV. Verhältniss der Bundestagsgesandten und der Bundesversammlung zur freien Stadt Frankfurt.
 - 139. Gegenstände, welche vor das Plenum gehören.
 - 140. Von den Gegenständen, über welche keine Beschlüsse durch Stimmenmehrheit gefasst werden können.
 A) *Uebersicht und Aufzählung der hierher gehörigen Fälle.*
 - 141. B) *Einzelne besonders ausgezeichnete Fälle:*
 1) Die authentische Interpretation der Bundesgesetze.
 - 142. 2) Die organischen Einrichtungen des Bundes.
 - 143. 3) Die *Jura singulorum*.
 - 144. 4) Die Interessen oder sogen. politischen Rechte der Bundesglieder.
 - 145. 5) Die gemeinnützigen Anordnungen.
 - 145a. 6) Andere freie Vereinbarungen der Bundesglieder.
 - 146. Die Kompetenz der Bundesversammlung.
 I. Charakter der Bundesgewalt als oberster politischer Autorität in Deutschland. Abänderlichkeit der Bundesbeschlüsse.
 - 147. II. Positive Bestimmungen über die Kompetenz der Bundesversammlung.
 A) Die provisorische Kompetenzbestimmung vom 12. Juni 1817.
 - 148. B) Die Bestimmungen der Wiener Schlussakte über die Kompetenz der Bundesversammlung.
 - 149. C) Positive Bestimmungen über das Verfahren der Bundesversammlung von Amtswegen oder auf Anträge.
 - 150. D) Die Kompetenz der Bundesversammlung:
 1) In Bezug auf die Souverainetätsrechte der Bundesglieder.
 - 151. 2) Verhältniss der Bundesgewalt zu den Unterthanen und Gerichtshöfen der einzelnen Bundesstaaten.
 - 152. 3) Verhältniss der Bundesgesetzgebung zu den deutschen Landständen.
 - 152a. Mittheilung der Motive über Kompetenz- und Inkompetenzerklärungen der Bundesversammlung an die Betheiligten.
 - 153. Die Landfriedens- und Rechtsverfassung des Bundes.
 A) *Im Allgemeinen, verglichen mit der Landfriedens- und Rechts-Verfassung zur Reichszeit, insbesondere fort-dauernder Mangel eines ständigen Bundesgerichtes.*
 - 154. B) *Die bundesgrundgesetzlichen Bestimmungen über Landfrieden und Rechtsverfassung:*
 a) In Bezug auf Erhaltung des Landfriedens unter den Bundesgliedern selbst.
 - 155. b) Bundesgrundgesetzliche Bestimmungen in Bezug auf die innere Ruhe der einzelnen Bundesstaaten.
 - 156. c) Bundesgrundgesetzliche Bestimmungen in Bezug auf die Rechtspflege in den Bundesstaaten:
 1) Nothwendigkeit von Gerichten dritter Instanz: Actenversendung.
 - 156a. 2) Bundesgrundgesetzliche Zusicherungen von Abhilfe im Falle einer Justizverweigerung.
 - 156b. 3) Der Bundesbeschluss vom 8. August 1861, XXVIII. Sitzung, Protok. §. 238, die in den deutschen Bundesstaaten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenseitig zu gewährende Rechtshilfe betreffend.
 - 157. d) Bundesgrundgesetzliche Bestimmungen in Bezug auf Forderungen von Privatpersonen gegen Bundesglieder. (Art. 30 der Wiener Schlussakte).

- §. 157a. e) Zulässigkeit eines gerichtlichen Verfahrens über bestrittene Forderungen von Privatpersonen gegen den deutschen Bund.
- 158. f) Die Bundesversammlung als richterliche Instanz. Unstatthaftigkeit von Machtsprüchen der Bundesversammlung in Rechtssachen.
- 159. Von der Bundesausträgal-Instanz insbesondere.
 - a) Uebersicht der bundesgesetzlichen Bestimmungen über das Austrägalgericht.
- 159a. b) Die Bundesversammlung als Bundesausträgalinstanz und das Austrägalgericht.
- 160. c) Fälle, in welchen das bundesausträgalgerichtliche Verfahren begründet ist oder nicht.
- 160a. d) Das Entscheidungsrecht der Bundesversammlung über die Qualifikation eines Falles zur austrägalgerichtlichen Entscheidung.
- 161. e) Der Vermittlungsversuch am Bundestage.
- 162. f) Einrichtung der Austrägalinstanz.
- 163. g) Das Competenz-Prüfungsrecht des zum Austrägalgericht gewählten Gerichtshofs.
- 164. h) Das Verfahren des Austrägalgerichts:
 - 1) Allgemeine Grundsätze.
 - 2) Besondere Bestimmungen.
- 165. 2) Besondere Bestimmungen.
- 166. Das Bundesschiedsgericht:
 - a) Dessen Competenz.
- 167. b) Einrichtung des Bundesschiedsgerichts.
- 168. c) Verfahren vor dem Bundesschiedsgericht.
- 169. d) Rechtliche Bedeutung der Erkenntnisse des Bundesschiedsgerichts.
- 170. Die Exekutionsordnung des Bundes:
 - a) Deren Entstehung.
- 171. b) Grundsätze über die Anordnung einer Exekution.
- 172. c) Ausführung der Exekution.
- 173. d) Von der Exekution der austrägal- und schiedsgerichtlichen Erkenntnisse insbesondere.
- 174. e) Von den Kosten der Exekution.
- 175. Kritik der deutschen Bundesverfassung.
 - 1) Die Schwierigkeit einer deutschen Gesamt-Verfassung überhaupt.
- 176. 2) Einfluss der auf die Souverainetät der Bundesglieder genommenen Rücksichten bei der Bestimmung des Stimmgewichts.
- 177. 3) Einfluss der europäischen Machtstellung von Oesterreich und Preussen auf den Charakter des Bundes.
- 178. 4) Einfluss der europäischen Machtstellung von Oesterreich- und Preussen auf die auswärtigen Angelegenheiten des Bundes.
- 179. 5) Bedeutung des Partikularismus der grösseren deutschen Staaten für die Bundesverfassung.
- 180. 6) Wirklicher Werth der deutschen Bundesverfassung.

Zehnter Abschnitt.

Die Versuche der Umgestaltung des deutschen Staatenbundes in ein Reich (Bundesstaat) und die Wiederherstellung der Bundesverfassung.

Literatur.

- §. 181. Die Ereignisse vom 2. März 1848 bis zu dem Zusammentritt des sog. Vorparlaments (30. März 1848).

- §. 182. Das Vorparlament (31. März bis 4. April 1848).
- 183. Die Zeit des Fünfziger-Ausschusses (vom 3. April bis 17. Mai 1848).
- 184. Der von den Vertrauensmännern abgefasste Entwurf einer deutschen Reichsverfassung.
- 185. Die Zeit vom Zusammenritte der Nationalversammlung bis zur Auflösung der Bundesversammlung (18. Mai bis 12. Juli 1848).
- 186. Die Abfassung der Grundrechte des deutschen Volkes und der Reichsverfassung (vom 12. Juli 1848 bis zum 28. März 1849).
- 187. Erklärung der Einzelstaaten in Bezug auf die Reichsverfassung.
- 188. Verhandlungen der Nationalversammlung mit Preussen über die Annahme der Kaiserwürde (vom 28. März bis 30. Mai 1849).
- 189. Das sog. Rumpfparlament in Stuttgart vom 6. bis 18. Juni 1849.
- 190. Das Dreikönigsbündniss vom 26. Mai 1849.
- 191. Der Berliner Entwurf einer Reichsverfassung für einen deutschen Bundesstaat mit Ausschluss Oesterreichs vom 26. Mai 1849.
- 192. Verhandlungen über den Berliner Entwurf bis zur Eröffnung des Erfurter Parlaments; insbesondere die Additionalakte vom 26. Februar 1850.
- 193. Das Interim vom 30. September 1849. Die Bundescommission. Rücktritt des Erzherzogs-Reichsverwesers (20. December 1849).
- 194. Der Münchener Entwurf einer deutschen Bundesverfassung vom 27. Februar 1850.
- 195. Die Bedeutung des Münchener Entwurfes.
- 196. Das Unionsparlament zu Erfurt (20. März bis 29. April 1850).
- 197. Der Fürstencongress zu Berlin (8. bis 15. Mai 1850).
- 198. Die Wiedereröffnung der Bundesversammlung zu Frankfurt a. M. (10. Mai 1850). Die Olmützer Punktation vom 19. November 1850.
- 199. Die Dresdener Ministerialconferenzen vom 23. December 1850 bis 15. Mai 1851.
- 200. Die Thätigkeit der Bundesversammlung in staatsrechtlicher Beziehung seit dem Wiedereintritte sämtlicher Bundesglieder (1851—1862).

Eilfter Abschnitt.

Von der Erwerbung der Souverainetät in den Einzelstaaten,
insbesondere von der Legitimität des Staatsherrschers.

- §. 201. Eintheilung der Erwerbsarten der Souverainetät: rechtliche und widerrechtliche Erwerbsarten.
- 202. Das Legitimitätsprincip. Die Usurpation.
- 203. I. Von der Legitimität des Staatsherrschers im Verhältnisse zum Volke.
- 204. II. Von der Legitimität im Verhältnisse mehrerer Dynastien zu einander.
- 205. III. Von der Legitimität des Staatsherrschers im Verhältnisse zu auswärtigen Staaten.
- 206. Von der Umwandlung der illegitimen Herrschaft in eine legitime.
- 207. Von der Rechtsgiltigkeit der Handlungen eines Zwischenherrschers nach Eintritt einer sog. Restauration.
- I. Im Allgemeinen.
- 208. II. Rechtsverhältnisse bei der Vertreibung einer bloß provisorischen Regierung.
- 209. III. Rechtsverhältnisse bei der Aufhebung einer eigentlichen Zwischenherrschaft.
- 1) bezüglich der Gesetze und allgemeinen Verordnungen.
- 210. 2) Verbindlichkeit des restaurirten Fürsten aus den Regierungshandlungen des Zwischenherrschers im Einzelnen.

Zwölfter Abschnitt.

Der Fürst und sein Haus, oder das Familien- und Thronerbrecht der souverainen deutschen Familien.

- §. 211. Verhältniss des Familien- und Erbrechts der deutschen souverainen Familien zu dem sog. deutschen Privatfürstenrechte.
- 212. Stellung des Familien- und Erbrechts der deutschen souverainen Familien im Rechtssysteme.
- 213. Von den Quellen des Familien- und Erbrechts der deutschen souverainen Familien überhaupt.
- 214. Von den Hausgesetzen der souverainen deutschen Familien insbesondere.
 - 1) Nach reichsrechtlichen Grundsätzen.
- 215. 2) Veränderungen bezüglich der Quellen des fürstlichen Familien- und Erbrechts in Folge der nunmehrigen Souverainetät der Bundesglieder.
- 216. Familiengewalt der deutschen Souveraine.
- 217. Von der Eigenthümlichkeit des Ehrechts der deutschen souverainen Familien.
 - I. Von dem Erfordernisse des Consenses des Souverains bei Eingehung von Ehen der Mitglieder des regierenden Hauses.
 - 218. II. Trauung durch Procuratoren. Dispensationen. Eheverträge.
 - 219. III. Gewissensehe.
 - 220. IV. Missheirath.
 - 1) Einleitung.
 - 221. 2) Begriff von Missheirath und unstandesmässiger Ehe.
 - 222. 3) Geschichtliches in Bezug auf Missheirathen und unstandesmässige Ehen bis zum XV. Jahrhundert.
 - 223. 4) Geschichtliches über Missheirathen und unstandesmässige Ehen vom XV. Jahrhunderte bis zur Abfassung der Wahlkapitulation K. Karl's VII. 1742.
 - 224. 5) Die Bestimmung der Wahlkapitulation K. Karl's VII. (1742) über notorische Missheirathen.
 - 225. 6) Erläuterung der Bestimmung in der Wahlkapitulation K. Karl's VII. 1742. art. XXII. §. 4. über Missheirathen.
 - 225a. 7) Der angebliche Einfluss der Auflösung des deutschen Reiches auf die Lehre von den Missheirathen.
 - 226. 8) Neuere haus- und grundgesetzliche Bestimmungen über Missheirathen. Praktisches Recht überhaupt.
 - 227. V. Morganatische Ehe.
 - 1) Begriff. Geschichtliches.
 - 228. 2) Praktisches Recht.
 - 229. Eheliche Guterverhältnisse in den deutschen regierenden Häusern.
 - 230. Persönliche Stellung der Gemahlinnen der Mitglieder regierender Familien und der Gemahle regierender Fürstinnen.
 - 231. Ehescheidung.
 - 232. Legitimation unehelicher Kinder.
 - I. Legitimation per rescriptum.
 - 233. II. Legitimation durch nachfolgende Ehe.
 - 1) Vorbemerkung. Die angebliche gemeine Lehre.
 - 234. 2) Die Quellengeschichte in Bezug auf die Legitimation durch nachfolgende Ehe.
 - 235. 3) Praktisches Recht in Bezug auf die Legitimation durch nachfolgende Ehe.
 - 236. Adoption.
 - 237. Volljährigkeit und Volljährigkeitserklärung.

§. 238. Vormundschaft.

- I. Regierungsvormundschaft im Falle der Minderjährigkeit des Thronfolgers.
 - 1) Geschichtliches.
 - 239. 2) Praktisches Recht in Bezug auf die Regierungsvormundschaft hinsichtlich der Delationsgründe bei Minderjährigkeit des Thronfolgers.
- 240. II. Einrichtung einer Regentschaft bei Verhinderung des Souverains an der Selbstregierung.
 - 1) Durch den Souverain selbst. Stellvertretung. Mitregierung.
 - 241. 2) Anordnung einer Regentschaft für den regierenden Fürsten.
 - a) Geschichtliches.
 - 242. b) Praktisches Recht bezüglich der Anordnung einer Regentschaft für den regierenden Fürsten.
 - 242a. 3) Anfang der Regentschaft.
 - 243. 4) Rechtsverhältnisse während der Regentschaft.
 - 244. 5) Beendigung der Regentschaft. Rechtsverhältnisse nach derselben.
- 245. Privatrechtliche Vormundschaft.
 - a) Ueber die Person und das Privatvermögen des minderjährigen oder behinderten Souverains.
 - 246. b) Vormundschaften über die übrigen Mitglieder der regierenden Häuser.
- 247. Thronfolge.
 - I. Erbfolge nach Geblütsrecht.
 - a) Geschichtliches.
 - 248. b) Praktisches Recht.
 - 1) Allgemeiner Charakter der Thronfolge.
 - 249. 2) Fähigkeit zur Thronfolge. Unvereinbarlichkeiten mit der Eigenschaft eines Souverains.
 - 250. Von der geistigen oder körperlichen Unfähigkeit des Thronerben zur Führung der Regierung und deren Rechtsfolgen insbesondere.
 - 251. Erbfolgeordnung im Mannsstamme. Agnatisch-linealische Primogenitur.
 - 252. Weibliche Thronfolge.
 - 1) Statthaftigkeit derselben überhaupt.
 - 253. 2) Grundsätze über die weibliche Thronfolgeordnung.
 - 254. II. Testamentarische Thronfolge.
 - 255. III. Vertragsmässige Thronfolge.
 - 256. IV. Von der Regierungsnachfolge aus Sammtbelehnungen, Eventualbelehnungen, Lehensanwartschaften und der Lehensherrlichkeit.
 - 1) Aelteres Recht.
 - 257. 2) Neueres Recht.
 - a) Regierungsnachfolge aus kaiserlichen Lehensanwartschaften und Eventualbelehnungen.
 - 258. b) Regierungsnachfolge aus kaiserlichen Sammtbelehnungen.
 - 259. c) Regierungsnachfolge wegen Lehensherrlichkeit.
 - 260. V. Vorsorge bei dem Mangel von Successionsberechtigten.
 - 261. Von der Versorgung der nachgeborenen Prinzen. Apanagen. Paragien. Secundogenituren.
 - 262. Versorgung der Prinzessinnen. Aussteuer. Erbverzichte. Witthümer der Gemahlinnen der Prinzen.
 - 263. Sonderung der Staats- und Privatverlassenschaft.
 - 264. Von der Erbfolge in das Privatvermögen der Mitglieder des regierenden Hauses.
 - 265. Regierungsantritt.
 - 266. Verbindlichkeit des Thronfolgers aus den Regierungs- und Privat-handlungen des Vorgängers.

- §. 267. Von dem Gerichtsstande der Mitglieder souverainer Familien.
 1) Ueberhaupt.
 - 268. 2) Gerichtsstand der Mitglieder regierender Familien in Ehe-
 streitigkeiten insbesondere.

Dreizehnter Abschnitt.

Von den Rechten des Souverains oder den Hoheitsrechten im Allgemeinen.

- §. 269. Von den Rechten des Souverains im Allgemeinen. Oberste Eintheilung. Wesentliche und ausserwesentliche Hoheitsrechte (Regalien).
 - 270. Von der Eintheilung der wesentlichen Hoheitsrechte.
 - 271. I. Von den Majestätsrechten.
 - 272. II. Von den materiellen Hoheitsrechten.
 a) Deren Eintheilung. Innere und äussere Hoheitsrechte.
 - 273. b) Uebersicht der inneren Hoheitsrechte.
 - 274. c) Uebersicht der äusseren Hoheitsrechte.
 - 275. III. Von den formellen Hoheitsrechten oder den politischen Gewalten. Gesetzgebende und vollziehende Gewalt.
 - 276. Die Tätigkeitsformen der vollziehenden Gewalt. Oberaufsichts-, Verordnungs-, Entscheidungs- und Staatsvertretungsrecht (Repräsentativgewalt).

Vierzehnter Abschnitt.

Von der Beendigung der Souverainetät.

- §. 277. Von der Beendigung und dem Verluste der Souverainetät im Allgemeinen.
 - 278. I. Von der Thronentsagung insbesondere.
 - 279. II. Von der Entsetzung des Souverains von der Regierung durch Beschluss der Agnaten wegen Unfähigkeit oder wegen Missbrauches der Staatsgewalt.
 1) Allgemeine Grundsätze.
 - 279a. 2) Von dem Einflusse der Entsetzung eines Souverains und dem Ausschlusse eines Erbprinzen wegen Unfähigkeit auf das Successionsrecht seiner nachher erzeugten Descendenz.
 - 280. III. Von der Revolution.